

Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen

Generalversammlung 2017

PALÄSTINA – EINE DRINGENDE ANFRAGE AN UNSEREN GLAUBEN

69 Jahre sind nun seit der Schaffung des Staates Israel vergangen. Die Generalversammlung bekräftigt ihre Verpflichtung für Frieden und Sicherheit für das israelische Volk und seinen Staat. Gleichzeitig hält die Generalversammlung fest, dass die Schaffung des Staates Israel eine folgenschwere Konsequenz hatte: Den Verlust des Heimatlandes für das palästinensische Volk, verbunden mit rund 750'000 palästinensischen Flüchtlingen, deren Zahl inzwischen auf über sechs Millionen angewachsen ist. Es sind zudem bereits 50 Jahre her, seit Israel 1967 die West Bank, Gaza und Ost-Jerusalem besetzt hat. Nun ist die Zeit gekommen, dass Israelis und Palästinenser in Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit neben einander leben.

In einem offenen Brief an die ökumenische Gemeinschaft, veröffentlicht am 21. Juni 2017, beschrieb die Nationale Koalition Christlicher Organisationen in Palästina die Situation als „am Rande des katastrophalen Zusammenbruchs“ und erklärte, dass dies „die letzte Chance sei, einen gerechten Friedens zu erreichen ... und die christliche Präsenz in diesem Land zu retten.“ Sie appellieren an die Weltkirche, sich ernsthaft mit ihnen zu solidarisieren mit dem Ziel, ihre Unterdrückung zu beenden und ihre Freiheit zu erlangen – durch Solidaritätsbesuche, durch eine kritische Überprüfung der Theologie, wirtschaftliche Hilfe und jegliche Unterstützung, damit sie ihre Religion, ihre sozialen und politischen Rechte in Freiheit ausüben können.

Viele von uns haben mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie schmerzvoll die Realität für die Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland, in Ostjerusalem und in Gaza ist. Wir sind Zeugen der täglichen, zermürbenden Demütigung von Frauen, Männern und Kindern; der zivilen Todesfälle; der Zerstörung von Häusern; des Entzugs von Wasserressourcen; der Isolation und ständigen Verkleinerung der palästinensischen Bevölkerung in Jerusalem; der strengen Beschränkungen von Bewegungsfreiheit, von Bildung, Handel und Zugang zu den heiligen Stätten; der unrechtmäßigen Praxis der Verwaltungshaft, auch von Kindern; der Landenteignung durch den Bau von illegalen Siedlungen und einer auf palästinensischem Land gebauten Trennmauer. Die im Staat Israel lebenden Palästinenser haben zwar die Pflichten der Staatsbürgerschaft, leiden aber unter Ungerechtigkeit durch diskriminierende Maßnahmen was Wohnen, Arbeit und andere Bereiche betrifft.

Im Besonderen gefährdet die Neugestaltung Jerusalems diesen historischen Ort. Gerade die geteilte Identität Jerusalems ist Teil der Heiligkeit dieser Stadt.

Wir bestätigen und bekennen, dass der christliche Glaube dazu missbraucht wurde, die Ungerechtigkeit gegenüber dem palästinensischen Volk zu rechtfertigen. Jegliches Heranziehen der Bibel zur Unterstützung von politischen Optionen und Positionen, die auf Ungerechtigkeit basieren, die von einem Menschen einem anderen zugefügt oder von einem Volk einem anderen auferlegt werden, entziehen dem Wort

Gottes seine Heiligkeit, seine Universalität und seine Wahrheit. Alle Leidenden sind vereint im Seufzen des Heiligen Geistes nach der Befreiung aller Völker und deren Zusammenfinden in einer spirituellen Gemeinschaft. **Die anhaltende Situation der Besatzung und die grundlegende Verweigerung der palästinensischen Rechte** werfen einen Schatten auf Generationen von jüdischen Israelis, die die sozialen, psychologischen und spirituellen Lasten der Rolle der Besatzer tragen.

+++

Die Generalversammlung

1. bekräftigt dementsprechend, dass angesichts der Situation der Ungerechtigkeit und des Leidens in Palästina und aufgrund des Notschreies der palästinensischen christlichen Gemeinde **die Integrität von christlichem Glauben und Leben auf dem Spiel steht,**
2. beauftragt den Generalsekretär, ein Programm zu initiieren:
 - a. zur Sammlung von Studien und Materialien, die sich mit diesem Schrei des palästinensischen Volkes beschäftigen, und dieses Material den Mitgliedskirchen zukommen zu lassen,
 - b. **zur Überprüfung jener Theologie, welche die Unterdrückung des palästinensischen Volkes legitimiert,** wobei die Ressourcen von Mitgliedskirchen und der ökumenischen Bewegung berücksichtigt werden; dies im Bewusstsein, dass eine solche Studie ein zwingendes prophetisches Handeln erfordern und zu einem „processus confessionis“ (einem Bekenntnisprozess) führen könnte,
3. beauftragt den Exekutivausschuss zusammen mit der Geschäftsstelle (vor Ende 2017) auf einen Brief der Nationalen Koalition Christlicher Organisationen in Palästina vom 21. Juni 2017 zu antworten, worin aufgezeigt wird, wie konkret auf ihren Schrei nach echter Solidarität reagiert werden kann (vgl. <https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/general-secretary/letters-received/open-letter-from-the-national-coalition-of-christian-organizations-in-palestine/>),
4. **ermutigt Mitgliedskirchen, ihre Mission, Bildung und Investitionsbeziehungen mit Israel und Palästina angesichts des Zeugnisses der palästinensischen Christen zu untersuchen** und zu handeln entsprechend den Grundsätzen der Menschenrechte und des Völkerrechts, denen sich die reformierte Gemeinschaft grundsätzlich verpflichtet weiß,
5. beauftragt den Exekutivausschuss, **Delegationen zum Besuch dieser Region zu fördern und zu unterstützen** (mit der praktischen Hilfe von Mitgliedskirchen), um mit der gegenwärtigen christlichen Gemeinde – den „lebendigen Steinen“ – im Heiligen Land Beziehungen aufzubauen, ihre Situation zu bezeugen und Unterstützung für ihre Sehnsucht nach Freiheit und Selbstbestimmung zum Ausdruck zu bringen,
6. ermutigt den Exekutivausschuss, Initiativen für Dialoge, zivile Friedensdienste, Mediation, Konfliktprävention und Veränderungen zu stärken.

26. Generalversammlung, 29. Juni – 7. Juli 2017, Leipzig, Deutschland